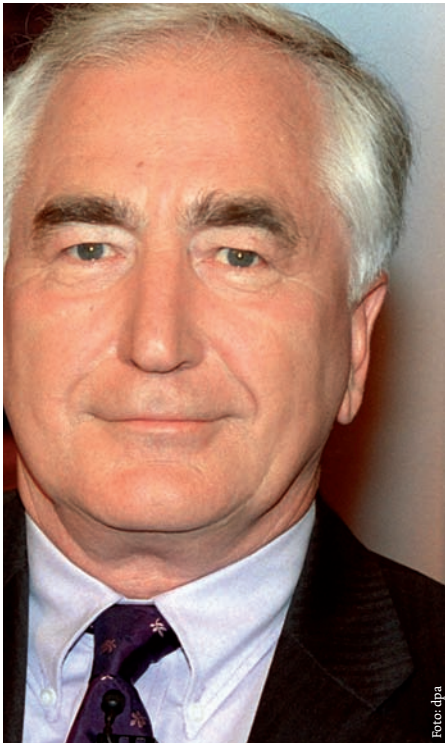


»Die SPD ist keine eigenständige Kraft mehr«

Gespräch mit **Albrecht Müller** über die Misere der deutschen Sozialdemokratie und ihre Gründe



Albrecht Müller, Jahrgang 1938, studierte Volkswirtschaftslehre, arbeitete am Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Uni München und war ab 1968 Redenschreiber für Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. 1972 organisierte er als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim SPD-Bundesvorstand den Wahlkampf Willy Brandts. Von 1973 bis 1982 leitete er die Planungsabteilung des Bundeskanzleramts unter den Kanzlern Brandt und Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er Bundestagsabgeordneter der SPD. Seither arbeitet er als Autor sowie Politik- und Unternehmensberater. In seinem Buch *Die Reformlüge* (2004) rechnete er mit der gewendeten Wirtschafts- und Sozialpolitik seiner Partei ab, im Buch *Machtwahn* (2006) beschrieb er, »wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet«. Mit seinem Internet-Blog www.nachdenkseiten.de bemüht er sich seit vier Jahren, zusammen mit dem Juristen Wolfgang Lieb, um den Aufbau einer Gegenöffentlichkeit zum neoliberalen Mainstream.

KONKRET: Die SPD ist laut Forsa-Umfrage auf ein neues Tief in ihrer Geschichte gefallen: 20 Prozent im Bund, wenn am Sonntag gewählt würde. Erleben wir eine historische Zäsur?

Müller: Ich muß zunächst einen Vorbehalt machen: Bei manchen dieser Institute kann man sich das Ergebnis vorher bestellen. Dennoch ist nichts daran zu deuteln, daß sich die SPD auf einem Tiefstand befindet, aber daran ist ja nichts verwunderlich.

KONKRET: Warum nicht?

Müller: Zunächst mal ist die SPD nicht mehr als eigenständig denkende und handelnde Kraft erkennbar. Die praktische Politik der SPD-Spitze ist im Kern von der neoliberalen Ideologie bestimmt. Und dies in einer Situation, die eigentlich genuin sozialdemokratische Antworten erfordern würde. Es wäre nötig zu sagen, wir setzen alle Instrumente der Wirtschaftspolitik ein, auch keynesianische, aber sie tut es nicht, im Gegenteil, sie macht den Wahnsinn der sogenannten Schuldenbremse mit. Das ist im Kern die Selbstverpflichtung zu einer prozyklischen Politik. Es wäre nötig zu sagen, es muß von oben nach unten verteilt werden, aber die SPD macht das Gegenteil; von ihrem Finanzminister werden die Unternehmenssteuern gesenkt und die Mehrwertsteuer erhöht. Oder: Es ist eindeutig so, daß die Bildungschancen wieder zunehmend nach Einkommen der Eltern zugeteilt werden – ein klassischer Fall für Sozialdemokraten. Oder: Es ist klar erkennbar, daß der Staat bis aufs Hemd ausgezogen und verarmt ist, und es wäre notwendig zu sagen, wir brauchen einen starken Staat mit einer guten Ausstattung an Infrastruktur – eine klassische sozialdemokratische Antwort. Statt dessen macht sie Privatisierungen mit, selbst von Wasserwerken in den Kommunen und jetzt bei der Bahn. Und wo bleiben die sozialdemokratischen Werte beim Umgang mit den Schwächeren, wenn ein SPD-Minister wie Wolfgang Clement Hartz-IV-Empfänger in einer offiziellen Broschüre »Abzocker« nennt?

KONKRET: Es gab da noch andere. Etwa den Parteichef a.D., der seine Gräfin vor Kameras im Swimmingpool küßt, oder der andere, der für italienische Anzüge modelt, während sie gleichzeitig Krieg und Hartz IV vorbereiten. Oder der frühere SPD-Sozialminister Gerster, der dann als Arbeitgeberverbandschef für Billiglöhne im Postbereich kämpfte ...

Müller: Es gibt offensichtlich keine Tabus mehr in diesem Bereich. Schlimmer aber sind die politischen Tabubrüche.

KONKRET: Was ist passiert, daß so etwas widerspruchlos geschluckt wird?

Müller: Es gab auch früher schon führende Personen, die nicht gerade ins sozialdemokratische Milieu paßten; Karl Schiller zum Beispiel. Aber er war sensibel genug, um nicht zu machen, was etwa Florian Gerster macht, oder Wolfgang Clement und Gerhard Schröder. Offenbar können sich die Führungseliten von heute nicht mehr in die Lage jener Menschen versetzen, für die ihre Partei einmal angetreten ist. Manche haben vergessen, wo sie herkommen. Sie wandern von links unten nach rechts oben und treten dann noch nach.

KONKRET: Ist das nicht schon immer so gewesen?

Müller: Da hat sich etwas verändert. Der erwähnte Schiller zum Beispiel wäre trotz aller professoralen Distanz nicht auf die Idee gekommen, selbst Wein zu trinken und den Arbeitnehmern Wasser zu predigen. Das gilt mindestens genauso für die anderen führenden Personen und übrigens nach meiner Erfahrung auch für die akademischen Aufsteiger jener Zeit. Ich gehörte in den Sechzigern zu einem Kreis von Assistenten und Doktoranden der Ökonomie, die sich politisch engagierten. Wir wären doch nie auf die Idee gekommen, anderen Leuten ein schlechteres Leben zu wünschen, indem wir einen »Niedriglohnsektor« herbeisehten und daran auch noch Geld verdienen wollten. Schon der Begriff ist Zeichen eines Wandels zum Perversen. Wie kann man nur so etwas wie einen »Niedriglohnsektor« erfinden? Wohl wissend, daß die dort arbeitenden Menschen so wenig verdienen, daß sie davon nicht leben können! Wie können nur Politiker, aber auch Wissenschaftler wie etwa Professor Sinn oder auch Medienleute auf die Idee kommen, das Heil der Republik läge in niedrigen Löhnen?

KONKRET: Ist das vielleicht der Versuch, mit dem Kapitalismus einen Pakt zu schließen, damit man selber möglichst lange überlebt?

Müller: Nein, so denken die nicht.

KONKRET: Aber die denken schon, daß sie das Beste machen für Land und Leute.

Müller: Ja, sie haben diese neoliberale Vorstellung, daß alles flexibel sein müsse und daß niedrige Löhne Arbeitsplätze schaffen, Stellen

im Haushalt, als Kindermädchen oder als Gärtner oder Bewacher. Und wenn die Löhne nur niedrig genug sind, dann finden alle Arbeit – so diese Vorstellung. Bei diesem Versuch, die Vorstellungen vom Gütermarkt auf den Arbeitsmarkt zu übertragen, wird eben übersehen, daß die Flexibilität nach unten die beschriebenen verheerenden Folgen hat. Von fünf Euro in der Stunde kann eine Familie heute nicht leben.

KONKRET: Wie sind diese neoliberalen Gedanken in der SPD so übermächtig geworden? Gab es eine Art Machtergreifung unter Schröder?

Müller: Ja, die gab es. Es war noch ein bißchen anders eingefädelt. Schröder und Lafontaine haben den Wahlkampf 1998 bestritten. »Innovation und Gerechtigkeit« hieß die Formel. Aber mit dem Schröder-Blair-Bündnis und der Ausbootung Lafontaines im März 1999 waren Richtung und Machtverhältnisse geklärt. – Man muß fairerweise sagen, daß dieses Gedankengut sich schon in Zeiten von Bundeskanzler Schmidt breit machte. Damals hatten Anhänger der CDU/CSU und des damaligen Koalitionspartners FDP schon Einfluß auf die Regierungspolitik. Graf Lambsdorff und der CDU-Mann Tietmeyer als Mitarbeiter von Lambsdorff zum Beispiel. Ich erinnere mich an eine Kabinettsklausur vom Juli 1981 mit den Fachleuten der SPD-Fraktion – Eugen Glombig war für die Sozialpolitik dabei, Wolfgang Roth für die Wirtschaftspolitik –, als es um die Operation '82 ging, eine erste neoliberal eingefärbte Operation mit Streichungen im Sozialbereich. Da haben Glombig und Roth die Welt nicht mehr verstanden. Und schon in der ersten Hälfte der siebziger Jahre hat die Bundesbank versucht, die Beschäftigungspolitik der Regierung Schmidt zu konterkarieren. Die Geldpolitik nahm keine Rücksicht mehr auf das Ziel Vollbeschäftigung.

KONKRET: Damals schrieb das sogenannte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die gleichrangige Beachtung der Ziele Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und ausgeglichene Außenhandelsbilanz vor.

Müller: Ja, das wurde praktisch außer Kraft gesetzt, ein Gesetzesbruch bis heute. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gibt es nach wie vor. Aber die Regierenden kümmern sich nicht. Sie vernachlässigen das Ziel Vollbeschäftigung und nehmen hin, daß immer mehr Menschen die Erfahrung machen, daß nicht einmal die soziale Sicherung im Falle von Arbeitslosigkeit gewährleistet ist. Das strahlt ab auf alle, die noch Arbeit haben. Auch sie leben in sozialer Unsicherheit. Das ist der eigentliche Bruch in der Linie der SPD – von einer Partei, die stolz war auf das soziale Netz, das sie wesentlich mitgestrickt hatte, zu einer Partei, die mit Hartz IV die bis dahin einigermaßen funktionierende Arbeitslosenversicherung zerstört hat.

KONKRET: Aber bis dahin verstand sich die SPD noch als Garant für den sozialen Aufstieg. Ihr Kanzler Schröder war ihr bester Beweis. Heute führt sie das ganze System mit in die Krise. Die ARD hat gerade herausgefunden, daß

mittlerweile 72 Prozent mit der Regierung unzufrieden sind, 82 Prozent den Parteien mißtrauen, daß 43 Prozent aller Bürger glauben, es werde ihnen in zehn Jahren schlechter gehen als heute, von der sogenannten Unterschicht sogar mehr als die Hälfte. Das war mal die Wählerschaft der SPD. Warum hat sie sich derer entledigt?

Müller: Ich fürchte, das weiß sie selbst nicht. Man versteht viele Entscheidungen und politische Äußerungen von führenden Sozialdemokraten nicht, wenn man nicht begriffen hat, daß die SPD über weite Strecken hin fremdbestimmt ist. Das klingt abenteuerlich, ist aber so. Die SPD steht nicht nur im Wettbewerb mit ihren politischen Konkurrenten um die Wählerinnen und Wähler; diese politischen Konkurrenten haben direkt und indirekt über Medien, über die Verbände und die Wirtschaft Einfluß auf die innere Willensbildung der SPD. Sie muß nicht nur um ihre Wähler kämpfen, sondern sie steht auch noch unter dem Einfluß derer, die andere Ideen, andere Werte und Interessen vertreten. Ein praktisches Beispiel: Der Beschluß, die Bahn in Teilen zu privatisieren, ist kein eigener, aus der Partei kommender Beschluß. Der SPD-Parteitag in Hamburg hatte klar zu erkennen gegeben, daß er diese Privatisierung nicht will. Aber die Finanzwirtschaft, der Bahnchef und die Union haben das so gewollt. Und diese Kräfte haben offenbar direkten Einfluß auf das Führungspersonal der SPD, konkret auf Leute

wie Steinbrück, Tiefensee und Steinmeier. Die Finanzindustrie hat wie bei der Entscheidung für die Privatisierung der Altersvorsorge über die Riester- und die Rürup-Rente – damals war es die Hannover-Connection Schröders zum Finanzunternehmer Maschmeyer von AWD – dafür gesorgt, daß wieder Futter auf die Finanzmärkte kommt. Diese Fremdbestimmung ist das eigentliche große Problem der SPD. Die SPD ist keine eigenständig handelnde Kraft mehr.

KONKRET: Sondern korrupt?

Müller: Oder unter starkem äußeren Einfluß.

KONKRET: Der gekauft wurde?

Müller: Der zumindest mental gekauft wurde. Ob jetzt bei der Entscheidung für die Privatisierung der Bahn auch mit Geld, das weiß ich nicht. Ich weiß ja nicht, ob Verkehrsminister Tiefensee Deals gemacht hat, ich kann ja nicht belegen, daß Steinbrück Deals gemacht hat. Es kann ja sein, daß Steinbrück sein Geschwätz über den Finanzplatz Deutschland selber glaubt und daß er meint, es sei ein Gewinn, wenn er Bundesvermögen an sogenannte Investoren verscherbelt, die in Wahrheit ja kaum Geld mitbringen. Es gibt keine schriftlichen Belege über politische Korruption. Ich kann nur sagen: Die Entscheidenden unterliegen sichtbar einer Einflußnahme von außerhalb. Und dann können wir abwarten, welchen Job Tiefensee später annehmen wird. Wir haben schon erfahren, wie das beim Transnetchef Norbert Hansen ging; wir wissen, daß der CSU-Minister Wiesheu vom



»Warten wir ab, welchen Job Tiefensee später annehmen wird.«:
Der Verkehrsminister in den Armen von Hein Blöd, Berlin, Juni 2008

- Lobbyisten direkt zum Bahnvorstand aufstieg.
- Und so weiter.

KONKRET: Die stellen doch nur ihre Kompetenz zur Verfügung, oder?

Müller: Mal ein Beispiel: Es ist ja aufgefallen, daß 4,5 Prozent der Telekom-Anteile an das Private-Equity-Unternehmen Blackstone verkauft worden sind und daß die mit ihren 4,5 Prozent schon maßgeblich bestimmt haben, wer der Chef wird, nämlich Obermann. Allgemein kann man sagen: Wenn Investoren Anteile von Staatsunternehmen wie Bahn oder Post kaufen, dann tun sie es erstens, weil ihre Spezies von den Investmentbanken schon an der Transaktion verdienen. Zweitens tun sie es, weil sie hoffen, ein Schnäppchen zu machen, das sie irgendwann günstig weiterverkaufen können. Nicht so im Blick ist drittens, daß Anteile gekauft werden, um über den Aufsichtsrat und die Besetzung des Managements Einfluß auf die Geschäftspolitik zu nehmen. Wenn ein Unternehmen wie die Bahn mit ihren über 300 Untergesellschaften weltweit tätig ist, dann gibt es zahllose Geschäftsmöglichkeiten für die Tochtergesellschaften des potentiellen Investors. Sie können Lieferanten werden, sie können an die Bahn verkauft werden und können auch Unternehmen der Bahn kaufen. Wenn ich an solchen Geschäften interessiert bin, dann beteilige ich mich an der Bahn AG und gewinne Einfluß auf die Geschäftspolitik, die wiederum meinen Untergesellschaften zugute kommt. Das klingt konstruiert, aber es hat auf ähnliche Weise gerade bei Blackstone im Umgang mit dem Chemieunternehmen Celanese funktioniert.

KONKRET: Die Steuern für das Geschäft sind vermutlich auf den Cayman Islands angefallen?

Müller: Oder in einer anderen Steueroase. Das kommt noch hinzu. Und wie so was läuft, das zeigt, daß die SPD leider bei wichtigen Entscheidungen fremdbestimmt ist. Die Entscheidung zur Bahn-Privatisierung läßt sich nur so erklären. Das Public-Private-Partnership-Beschleunigungsgesetz und die Riester-Rente lassen sich nur so erklären. Vergessen wir mal Walter Riester – man wollte der Allianz und der Versicherungswirtschaft, dem Hannoveraner Finanzdienstleister Maschmeyer und anderen, was Gutes tun. Was für eine tolle Aufgabe für Journalisten, herauszufinden, wer jeweils hinter solchen Beschlüssen steckt. Aber ihre Medienkonzerne lassen sie wohl nicht.

KONKRET: Deswegen wird auch nicht berichtet, was die neue europäische Verfassung, der Lissabon-Vertrag, an Einschränkungen von sozialen Rechten bringen soll zugunsten der Kapitalverkehrsfreiheit.

Müller: Daß damit wichtige Verfassungsversprechen wie jenes für Sozialstaatlichkeit ausgehebelt werden, wird nicht gesehen. Daß die SPD ihre Abgrenzung zur Linkspartei gerade auch an der Einstellung zum Europa-Vertrag festmacht, finde ich ziemlich erbärmlich. Diesem Vertrag nicht zuzustimmen, müßte ein Ur-Anliegen der SPD sein, würde sie noch ihren Werten folgen.

KONKRET: Müssen denn die traditionellen sozialdemokratischen Werte nun in der Linkspartei überwintern oder neu herausgeputzt werden?

Müller: Demokratie funktioniert ja nur, wenn der, der die Macht hat, fürchten muß, daß er sie verliert. Man sieht gerade am Fall Roland Koch, daß er wieder Rückenwind spürt, weil er seine Ablösung nicht mehr fürchten muß, wenn heute Neuwahlen wären. Das ist die direkte Konsequenz des Abgrenzungsverhaltens der SPD. Die SPD läßt sich sogar in ihren Koalitionsoptionen fremdbestimmen und schafft deshalb keine demokratische Alternative. Nun bin ich allerdings nicht so naiv zu glauben, daß die Linken demnächst eine 45-Prozent-Partei würden ...

KONKRET: ... das ist auch von der SPD nicht zu erwarten ...

Müller: ... Deshalb bleibt mir gar nichts anderes übrig als zu hoffen, daß die SPD überlebt, obwohl ihre Agonie sichtbar ist. Eine verrückte Situation: Einerseits kann ich nicht erwarten, daß diese SPD, die gerade gegen 20 Prozent und damit machtpolitisch gegen Null geht, als Kanzlerpartei erfolgreich ist, andererseits bin ich nüchtern genug, um zu sehen, daß man sie braucht. Außerdem schätze ich die Linke ebenfalls realistisch ein. Auch da tummeln sich Leute, mit denen ich nicht viel zu tun haben möchte. Wie bei der SPD auch.

KONKRET: Nähern wir uns da nicht der Systemfrage? Bringt es der Kapitalismus nicht mit sich, daß der Weg seiner Reformer immer von links unten nach rechts oben führt? Und wie lange wird das wohl bei der Linkspartei noch auf sich warten lassen?

Müller: Gegenfrage: Hatten wir in der Bundesrepublik mal eine Periode, die in vieler Hinsicht besser war, als es heute ist, oder nicht? Wenn wir die hatten, dann ist doch die Hoffnung nicht falsch, daß wir wieder eine solche Periode haben könnten – bei entsprechendem Personal und entsprechenden politischen Konstellationen. Andernfalls hätte es eine Zeit wie die zwischen 1966 und 1974 doch gar nicht geben dürfen.

KONKRET: Aber danach gab es ökonomische Brüche, auch politische: 1989 ff., und das Kapital beschloß, seine Interessen und die zugehörige Politik anders zu organisieren.

Müller: Das stimmt, aber der Niedergang war auch selbstgemacht. Die ökonomische und politische Krise Ende der siebziger Jahre und Anfang der Achtziger war nicht vom Himmel gefallen und auch nicht von außen aufgezwungen, sondern wesentlich gemacht.

KONKRET: Keine Überproduktionskrise?

Müller: Wieso denn das? Wir müssen doch nur einen Blick auf den Zustand unserer Schulen und Universitäten werfen. Da gibt es sehr viel zu tun. – Wir brauchen geschätzte 20 bis 30 Prozent mehr Lehrkräfte, um unseren Kindern und Jugendlichen in heterogenen Gruppen die ihnen gemäßen Bildungschancen zu bieten. – Oder nehmen wir unser verrottetes Kanalisationssystem. Es ist doch nicht so, als ob es

nichts zu tun gäbe. Es gab zwar immer mal Überproduktionen in einzelnen Sektoren, aber diese kann man mit Strukturveränderungen auffangen. Was uns derzeit fehlt, sind Masseneinkommen, Arbeitnehmer, die Geld in der Tasche haben und eine Zukunftsperspektive. Es mangelt doch nicht an Bedarf.

KONKRET: Der Siegeszug des Neoliberalismus hatte keine ökonomischen Gründe?

Müller: Nein, der hatte im wesentlichen ideologische Gründe, und er wurde durchgesetzt mit Propaganda und Gewalt. Als die Neoliberalen 1973 nach dem Putsch in Chile die Macht übernahmen, da gab es dort doch keine Überproduktion.

KONKRET: Dann sind also Ihrer Meinung nach Krisen im Kapitalismus grundsätzlich vermeidbar?

Müller: Ja. Und sie sind steuerbar. Als wir in den siebziger Jahren die Ölpreiserhöhungen hatten, haben wir mit geld- und konjunkturpolitischen Mitteln die Krise so gesteuert, daß wir ab 1976 vier Jahre stetiges Wachstum erlebten. Wenn Linke der Wirtschaftspolitik die Fähigkeit zur Krisensteuerung absprechen, dann denken sie genauso wie die Neoliberalen, die auch der Meinung sind, man dürfe nicht steuern, sondern müsse den Markt walten lassen und die Löhne senken.

KONKRET: Zeigt sich nicht doch immer wieder, daß das Kapital mächtiger ist als die Organisationen der Lohnabhängigen?

Müller: Wenn die politisch Verantwortlichen die Machtverhältnisse falsch einschätzen, dann lassen sie wie jetzt bei uns zu, daß eine Reservearmee entsteht und erhalten bleibt. Dann haben die Arbeitnehmer eine schlechtere Marktposition mit entsprechend schlechten Ergebnissen bei den Realeinkommen. Das ist bei uns auch die Folge davon, daß es keine politische Kraft mehr gibt, die eine wirkungsvolle Makropolitik befürwortet und macht.

KONKRET: Also zurück zu Keynes?

Müller: Aber klar. Nicht zurück – nach vorn zu Keynes. Wir haben große Spielräume zur Ankurbelung unserer Binnenwirtschaft.

KONKRET: Das gegenwärtige Personal der SPD-Spitze macht nicht den Eindruck, als wolle es diesen Spielraum nutzen.

Müller: Deshalb wird die SPD auch erst dann wieder Erfolg haben, wenn sie das jetzige Spitzenpersonal losgeworden ist. Damit meine ich anders als die meisten sonstigen Beobachter und Lautsprecher des Mainstream nicht in erster Linie Kurt Beck, sondern jene, die als Alternative zu ihm in besonderer Weise hochgelobt werden. An der heute im »Spiegel«, im »Stern« und in vielen anderen Blättern üblich gewordenen Lobpreisung der Modernisierer wird die Fremdbestimmung der SPD jeden Tag neu belegt. Sie werden hochgelobt, weil das die beste Garantie für die Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels und der hinter ihr stehenden Interessen ist. ●

– Mit Albrecht Müller sprachen **Werner Heine** und **Philipp Kutter** –